

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr 18

Sonntag, den 4. Mai

1913

Die gesteigerten Löhne.

Wenn neue Steuern in Sicht sind, oder wenn Arbeiter Lohnforderungen stellen, dann sind die von Kapitalisten gemieteten Schreibeseelen schnell bei der Hand mit der Behauptung, daß die Löhne in den letzten Jahren rapid gestiegen seien und die Lage der Arbeiter ganz erträglich sei. Was aber den Arbeitern im letzten Jahrzehnt aufgebürdet worden ist, darüber fließt aus den Federn der Solbnechte des Kapitalismus kein Wort. Und wenn doch von anderer Seite eine Aufzählung der Lasten gemacht wird, dann wird sie kurzweg als unzutreffend bestritten.

Als 1903 der neue Zolltarif in Kraft trat, begann sofort die Steigerung aller Warenpreise — die Teuerung nahm ungewöhnlichen Fortgang, der durch die Steuererhöhung von 1906 und 1909 noch forciert wurde. Erschreckend stiegen z. B. die Fleischpreise. Aber die Preissteigerung aller Lebensmittel erzeugte eine Bewegung, die die große Mehrheit des Volkes umfaßte, sich zwei Jahre hindurch immer mehr steigerte und auch jetzt noch nicht erloschen ist, wenn sie auch infolge anderer Vorgänge etwas zurückgebrängt worden ist.

Gegenüber der Teuerung ist die Lohnsteigerung der letzten Jahre nicht ausreichend, die durch die bleibende Teuerung gewachsenen Ausgaben zu decken. Auskunft über die Lohnsteigerung geben die Berechnungen der Berufsvereinigungen, deren Geschäftsberichte alljährlich vom Reichsversicherungsamt bearbeitet und veröffentlicht werden. Vollständige Richtigkeit der Angaben kann schon deshalb nicht angenommen werden, weil die Berufsvereinigungen nicht alle Arbeiter umfassen. Eine eingehende, alles umfassende und genaue Lohnstatistik gibt es nicht. Das Reich hinter sich, die Lage der Arbeiter durch zuverlässige Nachweise als eine verbesserungsbedürftige festzustellen. Dann müßte die Gesetzgebung eingreifen und das liegt nicht im Interesse der bestehenden Klassen, die die Gesetzgebung in ihrem eigenen Interesse ausnützen und mißbrauchen.

Ueber die Lohnsteigerungen gibt nun der Nachweis aus den Berufsvereinigungen folgende Auskunft. Die Uebersicht umfaßt die Zahl der bei den 66 gewerblichen Berufsvereinigungen versicherten Vollarbeiter, d. h. solcher mit 300 geleisteten Arbeitsstunden oder -tagen im Jahre, ferner ihrer Gesamtlohnsumme und ihrem durchschnittlichen Arbeitsverdienst pro Tag. Das ergibt folgendes Bild:

Jahr	Vollarbeiter	Gesamtlohnsumme M.	Tagesdurchschnittsverdienst in M.
1908	7 868 531	8 447 580 140	3,58
1909	7 945 797	8 567 302 496	3,59
1910	8 291 936	9 187 641 823	3,69
1911	8 653 302	9 932 607 985	3,82

Von 1908 bis 1911 stieg also der Durchschnittstageshorrende Lohnsteigerung wird aber erst dann ins rechte Licht gerückt, wenn man bedenkt, daß in derselben Zeit die Durchschnittsdividende der deutschen Aktiengesellschaften von 7,38 Prozent auf 8,09 Prozent, also um 9,6 Prozent wuchs. Es stiegen also die Durchschnittsgewinne der deutschen Aktiengesellschaften bei meist sehr reichlichen Ausschreibungen um die Hälfte rascher, als wie die durchschnittlichen Tagelöhne jedes Industriearbeiters.

Zu beachten ist noch, daß der Durchschnittslohn von 3,82 M für den Tag rein rechnerisch ermittelt wurde. In Wirklichkeit beziehen natürlich sehr viele Arbeiter einen höheren Lohn — dafür aber mindestens ebenso viele einen solchen, der noch weit unter diesem Durchschnittslohn bleibt.

Ein wesentliches Moment, das bei der Steigerung der Löhne mitgewirkt hat, ist in dem amtlichen Nachweis mit erklärlichem Grund nicht angeführt. Das ist nämlich die gewerkschaftliche Tätigkeit zur Erzielung höherer Löhne. Ohne sie würde die Lohnsteigerung eine viel geringere sein. Nicht einen Pfennig Lohnzulage gewährt das Unternehmertum freiwillig. Wenn vereinzelte Unternehmer dies tun, so bilden sie eine löbliche Ausnahme, die nur die klägliche Regel bestätigt.

Einzelne Gewerkschaften haben eine Statistik aufgemacht, was sie durch die von ihnen gestützten Lohnkämpfe den Arbeitern an Lohnsteigerung eingetragen haben. Damit ist der Beweis erbracht, daß die Arbeiter ohne Kampf, der nur durch die Organisation einen erfolgreichen Ausgang haben kann, nichts erhalten hätten. Und auch die Gelben haben, wenn ihnen eine Lohnzulage zuteil geworden ist, das nur den Gewerkschaften zu danken. Denn, um die Gelben vom Eintritt in die für die Besserung der Arbeiterlage kämpfenden Gewerkschaften abzuhalten, mußten die betreffenden Unternehmer eine kleine Lohnaufbesserung gewähren.

Um dieses den Gewerkschaften günstige Gesamtbild vorzuenthalten, unterlassen die amtlichen Bearbeiter der Berichte der Berufsvereinigungen die Ursachen der Lohnsteigerungen anzugeben. Sie geben nur ziffernmäßig die Lohnsteigerung an, damit es dann der Unternehmerpresse leichter wird, die Arbeiterlage als eine gehobene hinstellen zu können, während die Arbeiter viel höhere Ausgaben zu bestreiten haben, als die Lohnsteigerung ihnen einträgt. Eine Unversfrorenheit sondergleichen ist es aber, die Lohnsteigerung als eine das Kapital drückende oder gar räumliche hinzustellen. Trotz dieser Lohnsteigerungen sind nämlich die Gewinne des Kapitalismus prozentual noch höher gestiegen, wie oben angegeben wurde und wie wir jüngst in einem Artikel über die „Begehrlichkeit der Arbeiter“ nachwiesen.

In Anbetracht dieser unumstößlichen Tatsachen können die Arbeiter nichts Besseres tun, als ihre Lohnansprüche — ihre „Begehrlichkeit“ — zu steigern, und diesen berechtigten Ansprüchen den nötigen Nachdruck zu geben, indem sie Mitglieder der Gewerkschaften werden und dann mit Hilfe der Organisation ihre Ansprüche durchsetzen.

Der belgische Generalstreik.

Die mustergültige Solidarität und Disziplin der belgischen Arbeiter während des Generalstreiks hat in zweifacher Beziehung einen großen Erfolg zu verzeichnen. Der soich entscheidener Willensäußerung und Fähigkeit der arbeitenden Massen muß die Gewaltpolitik der Herrschenden, die in solchen Fällen immer auf ein Dreinschlagen lauert, die Segel streichen. Und in der Tat hat das brutale Massengewalt, als es sah, daß der Fortbauer des Streiks sich der letzten Arbeiter sich den kämpfenden Massen anschließen würde, sich zu einem Zugeständnis hinsichtlich der Wahlreform bequemen müssen. Das ist der nächste Erfolg des Streiks.

Der andere, und viel höher einzuschätzende Erfolg ist die Wirkung des Generalstreiks auf die organisierten Arbeiter aller Länder und ihre Kämpfe mit dem Kapitalismus. Hatte der belgische Generalstreik den politischen Zweck, das allgemeine Wahlrecht der herrschenden Clique abzurufen, so waren doch die früheren wirtschaftlichen Kämpfe als Vorläufer dieses politischen Streiks gleichsam seine Vorstufe und die Bürgschaft für sein Gelingen. Das Gelingen selbst stärkt aber wiederum die Kraft der organisierten Arbeiter für ihre weiteren wirtschaftlichen Kämpfe. Diese Lehre, diese Erfahrung kann nicht ohne Wirkung auf die Arbeiter anderer Länder bleiben, die den Generalstreik — wenn auch erst nur theoretisch — unter die Kampfmittel ihres Arsenalis eingereiht haben.

Solidarität und Disziplin der Arbeiter haben einen Erfolg erstritten, der vorbildlich wirkt und auch für die herrschenden und bestehenden Klassen eine Lehre und eine Mahnung zugleich ist. Einmal kommt die Zeit, wo alle Arbeiter den Zusammenschluß miteinander zu gleichem Ziele finden, dann werden sie in Erkenntnis ihrer Macht nicht mehr auseinander zu reißen sein, dann muß ihre Willen Folge gegeben werden.

Das Zugeständnis der belgischen liberalen Regierung, sich in Verhandlungen über die Abänderung des Wahlrechts einzulassen, veranlaßte die Führer der Arbeiter, sofort einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen. Er tagte bereits am 24. April im Volkshause zu Brüssel.

Im Auftrage des Streikkomitees referierte Genosse Anjeele, der die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit vertrat, da bei der Fortführung des Streiks kein größerer Erfolg zu erwarten sei, als jetzt schon erreicht ist. Einige Redner kritisierten die Haltung der Fraktion und des Streikkomitees und verlangten die Fortführung des Streiks, die gestern auch von den Versammlungen in dem Vorraum gefordert worden war. Andere forderten eine radikalere Fassung der Resolution und kritisierten, daß der Kongress nicht schon vor der Dienstadttagung der Kammer einzuberufen wurde. Alle erklärten aber eine einmütige Durchführung des Kongresses für notwendig.

Nach längeren Verhandlungen ergab die Abstimmung über die Resolution Anjeeles, die sofortige Aufnahme der Arbeit befürwortete, deren Annahme mit vier Fünftel Mehrheit.

Trotzdem die erbitterten Arbeiter einiger Bezirke die Absicht zu erkennen gaben, weiter zu streiken, bis der volle Erfolg erreicht sei, wird doch die Besetzung des Kongressbeispruches eintreten. Der Streik ist also zu Ende — aber der Kampf um das allgemeine Wahlrecht nicht. Im parlamentarischen Ringen um das Wahlrecht wird noch manche interessante Episode hervortreten. Und sollte die herrschende Clique sich aufs Neue gegen die Abänderung des Wahlrechts stemmen, so wird der Kampf der Massen aufs

Neue entfacht, und wer weiß, welche Formen er dann annehmen wird.

Der zehntägige Generalstreik hat vorläufig seine Wirkung getan, aber er ist nur ein Exerzium für spätere Kämpfe gewesen. Das fühlen auch die deutschen Realisten und Kapitalisten. In ihrer Presse tauchen allerlei Befürchtungen auf, die „Kreuzzeitung“ fürchtet, der belgische Generalstreik werde „seine faszinierende Wirkung auf die sozialdemokratischen Köpfe auch in anderen Ländern, zumal bei uns, ausüben.“ Darum rät das Blatt zu fester Entschlossenheit und zum Widerstand bei dem Bürgertum und der Regierung, dann werde ein eventueller Generalstreik in Deutschland immer scheitern müssen.

Es wäre müßig, auf das Geschwätz näher einzugehen, aber die Arbeiter können daraus ersehen, mit welcher Furcht die Herrschenden dem Zeitpunkt entgegensehen, an dem die Arbeiter eine einzige, geschlossene Masse bilden. Möge dieser Zeitpunkt nicht so fern sein, denn er bringt den Arbeitern Befreiung von aller Ausbeutung und Unterdrückung.

Reichstagsbrief.

In den Etat der Heeresverwaltung wurde in diesem Jahre etwas tiefer hineingeleuchtet und dem Kriegsminister, der durch die Enthüllung der Kruppischen Machenschaften schon in die Enge getrieben war, sehr deutlich gesagt, daß endlich eine Reihe von Mißständen abgestellt werden muß.

Mit der größeren Zahl sozialdemokratischer Abgeordneter sind auch mehr Kritiker in den Reichstag eingezogen. Vier solcher Kritiker, die Genossen Schmidt (Meißen), Koch, Roske und Büchner bedeten allerhand Mängel auf, die nur eines Eingreifens der Heeresverwaltung warteten, um behoben zu werden. Schmidt geißelte die Behandlung und schlechte Löhnung der Arbeiter bei den Remontedepots, während für überflüssige Offizierstellungen usw. das Geld zum Fenster hinausgeworfen wurde. Auch Büchner schilderte die unhaltbaren Zustände in den Militärwerkstätten und verlangte Abhilfe.

Am Dienstag ging die Debatte weiter, wo das Koalitionsrecht der Militärarbeiter gegen die Uebergriffe der Verwaltung verteidigt wurde. Auch Redner bürgerlicher Parteien kritisierten scharf das Verhalten der Generale in der Verwaltung. Generalleutnant Wandel versuchte die Vorwürfe mit der bekannten militärischen Schneidigkeit abzuwehren, wurde dafür aber von den meisten Rednern so zugedeckt, daß er es vorzog, einen anderen Ton anzuschlagen.

Militäretat und kein Ende, hieß es, als am Mittwoch immer mehr Redner auftraten, die die Wirtschaft in der Heeresverwaltung vernichtender Kritik unterzogen. Die Stellung des Kriegsministers gilt daher für unhaltbar. Und als endlich der Titel: Gehalt des Kriegsministers, erledigt war, setzte die Opposition bei anderen Titeln des Militäretats wieder ein. Bei dem Kapitel: Artillerie und Waffensysteme lag ein Antrag vor, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zur Prüfung der gesamten Rüstungslieferungen für Reichsheer und Marine eine Kommission zu berufen, zu welcher vom Reichstag zu wählende Mitglieder des Reichstages und Sachverständige zuzuziehen sind. Der Reichskanzler wird ersucht, den Bericht der Kommission den gesetzgebenden Körperschaften mit Vorschlägen zur Beseitigung etwaiger Mißstände mitzuteilen.

Dazu lag folgender Antrag Albrecht (Soz.) vor: Die von der Kommission vorgelegene Resolution wie folgt zu fassen:

1. zur Prüfung der gesamten Rüstungslieferungen für Reichsheer und Marine eine Kommission von 21 Mitgliedern einzusetzen;
2. den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der zu 1. genannten Kommission diejenigen Rechte eingeräumt werden, die den ordentlichen Gerichten für die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen sowie für die Anordnung der Durchsuchung und Beschlagnahme zustehen.

Um diese Anträge, die mit Rücksicht auf die Enthüllungen über die Krupp-Spionage gestellt waren, entwickelte sich ein heftiger Kampf. Die Genossen Ledebor und Franke wiesen darauf hin, daß aus einer Kommission, die nicht mit den im sozialdemokratischen Antrag verlangten Rechten ausgestattet sei, nichts herauskomme; daß sie nur an der Nase herumgeführt werde, wenn die Zeugenausagen nicht eidlich festgelegt würden.

Der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, verlas dagegen eine Erklärung des Reichskanzlers,

Der nach der dem Reichstag nicht zustehende, eine beratende Kommission zu bilden. Die Regierung will selbst eine Kommission nach ihrem Gutdünken niederlegen. Da der Staatssekretär das Vorgehen des Reichstags für verfassungswidrig erklärte, nahmen alle Parteien — außer den Konservativen — Veranlassung, diese Annahme scharf zurückzuweisen. Das Ergebnis der Debatte muß als eine schwere Niederlage der Regierung bezeichnet werden. Von allen Seiten wurde ihr gesagt, daß dieses Mißtrauen in den weitesten Kreisen gegen sie bestehe und daß man ihren Vorschlag zur Niederlegung einer Kommission als einen Versuch betrachten werde. Zwar wurden die sozialdemokratischen Vorschläge, die der Untersuchungskommission eine feste Grundlage geben wollten, abgelehnt, aber der entsprechende Antrag wurde dann mit allen gegen die konservativen Stimmen angenommen. Ob ihm die Regierung stattgeben wird, ist eine andere Frage. Bis zum Ende der Sitzung wurde dann der Militäretat nach einigem weiteren Geplänkel bis auf einige Reste erledigt. Am Donnerstag erließ jedoch die Regierung neue Niederlagen. Es wurden die überflüssigen Kommandantenstellen von Karlsruhe und Darmstadt gestrichen, die Sozialdemokraten beantragten außerdem die Streichung des Kommandanten der sächsischen Festung Königstein, die keinen militärischen Wert hat. Auch diese Stelle wurde gestrichen.

Ferner wurde ein sozialdemokratischer Antrag mit großer Mehrheit angenommen, wonach die den Kriegs- und Militärintaliden bewilligten Renten nach erfülltem 60. Lebensjahre nicht mehr gekürzt oder entzogen werden dürfen und daß ferner die Renten der Unteroffiziere und Gemeinen wegen der Lebensmittelerhöhung erhöht werden sollen.

Dann endlich war der Militäretat erledigt. Darauf entwickelte sich eine andere Redeschlacht über die Folgen der agrarfreundlichen Wirtschaftspolitik. Genosse Stolle stellte beim Kapitel Reichsfinanzamt die Steuerung als einen Ausfluß dieser Wirtschaft hin und beleuchtete die Profitgier der Agrarier, die der Regierung ihren Willen diktiert. Die Phrase von der Not der Landwirtschaft sei im Munde der Großgrundbesitzer nicht berechtigt, denen er vorrechnete, wie sie das Volk ausplündern.

Das rief den Bündlerhauptide, Grafen Panitz, auf den Plan, der die Zerstörung verteidigte und die Aufrechterhaltung der künstlichen Verteuerung aller Lebensmittel durch Agrarzölle forderte. Nun traten die Bauern der Linken, die Abg. Fegter, Frömer usw. an die Seite Stollens und hieben — obwohl sie nicht für die Verteuerung der Agrarzölle sind — auf den übertriebenen Zollwucher mit ein, der eine rationelle Landwirtschaft untergrabe.

Dazwischen hinein wurden dem Schatzsekretär verschiedene Wünsche unterbreitet, der unter anderem auf eine Anfrage erklärte, ein Gesetzentwurf, der eine Erhöhung der Rente an Kriegsveteranen enthalte, werde heute noch den Abgeordneten zugehen. Richtig — der Gesetzentwurf kam. Aber er enthielt eine Erhöhung der Rente von 120 auf 150 M jährlich. Großartig, nicht wahr?

Anderen Tages wurde er auch sofort in 1. und 2. Lesung erledigt, wobei die Sozialdemokraten erklären ließen, daß sie eine Erhöhung der Rente auf 360 M pro Jahr gefordert haben. Für die Seeresvermehrung Milliarden, für die Veteranen Bettelbrosen!

Auch ein Gesetzentwurf zur Aenderung des Reglements zum Wahlgeseß wurde erledigt, der für künftige Reichstagswahlen einheitliche Wahlurnen anordnet, die eine Durchbrechung des Wahlgeheimnisses durch Kontrollierung der Wähler verhindern sollen. Wohl werden diese Urnen den Terroristen der herrschenden Klassen nach einer Seite hemmen, aber Wahlfälscher werden andere Schliche erfinden, um abhängige Arbeiter und Geschäftsleute zu terrorisieren.

Am Sonnabend sollte in einer Dauer Sitzung die ganze dritte Lesung des Etats durchgepeitscht werden, aber die Sozialdemokraten wußten das zu verhindern.

Darüber im nächsten Briefe.

Rundschau.

Gesetzliche Regelung des Wohnungsweßens. Die Wohnungsgesetzkommission des Reichstags trat zusammen, um eine neue Resolution für die dritte Lesung des Etats des Reichstags des Innern zu beschließen. Der Entwurf fand einstimmige Annahme. Die Resolution enthält nunmehr diejenigen hauptsächlichsten Forderungen, die der Reichstag nach dem brüskierten Vorgehen Preußens in Sachen eines eigenen Wohnungsaufsichtsgesetzes als allermindeste Forderungen an das Reich aufrecht erhalten muß: Ausbau des Erbbaurechts für Zwecke der Wohnungsfürsorge, Schaffung einer Zentralstelle für Wohnungsstatistik, Einberufung einer Sachverständigenkommission über das Real-Kreditwesen im Laufe dieses Sommers.

Zu Zeitalter der sozialen Fürsorge. 1. Die Trau- gödie auf der Landstraße. Zwischen Langenbrück und Brand in der Grafschaft Glatz wurde kürzlich ein zirkeljähriger Mann im Walde vollstündiger erschöpft und hilflos aufgefunden. Er kam aus dem Habelschwerdter Krankenhaus, wo er wegen erstorener Füße, die ihm ungefähr zur Hälfte abgehauen waren, gelegen hatte. Da die Krankenpflegezeit abgelaufen, erfolgte die Entlassung. Aber Mittelbar, suchte er, auf den Fußstapfen zu laufen, seinen Heimatort Kerschdorf in Böhmen zu erreichen, etwa 20 Kilometer von Habelschwerdt entfernt und auf einem Wege, welcher circa 500 Meter Steigung hat. Er war auf dem Wege zusammengebrochen und blieb mehrere Tage ohne Nahrung. Von dem Waisler einer Pflanze soll er seinen Durst gelöscht haben. Durch die Unbilden des Wetters ist der Mann aufs neue

schwer erkrankt und liegt im Reichenauer Krankenhaus hoffnungslos darnieder.

2. Die „Wohnung“ der Armen. Unser Breslauer Parteiblatt schreibt: Geradezu erbärmliche Zustände herrschen im sogenannten Armenhause in Giersdorf. Als an einem der letzten Sonntage 2 Genossen in das Dorf kamen, um Kalender zu verteilen, wurden sie von einem Einwohner aufgefordert, sich über die jeder Beschreibung spottenden Zustände im Armenhause zu überzeugen. In einem Zimmer, das man beim besten Willen nicht mehr als solches bezeichnen kann, liegt eine alte achtzigjährige Frau seit vor Ostern krank zu Bett. Die Dielen sind zum Teil verfault, durch die Wände pfeift der Wind und der Dfen ist so undicht, daß der Rauch in der Stube bleibt. Die Vermiete erhält monatlich 6 M von der Gemeindegeldkasse zum Lebensunterhalt, davon gehen allein 2 M für Feuerung ab. Von den übrigen 4 M soll die Achtzigjährige den ganzen Monat leben.

Die Kompostkühler ist wirklich bis zum Ueberlaufen voll.

Die Kapitalvertreter auf dem Heimarbeitersang. Dem Reichstag ist eine Resolution der Abgeordneten Ullrich (Fortschrittler), Wasserhagen (Mittl.), Behrens (Chr.-Soz.), Pöhl (Zentr.), Trampczynski (Pole) und Genossen zugegangen, die den Reichstanzler ersucht, anzuordnen, daß die Verwaltung des Reichsheeres bei Vergütung von Lieferungen, die ganz oder teilweise in der Hausarbeit hergestellt werden, 1. die Berufsorganisationen und Genossenschaften der Hausarbeiter und Arbeiterinnen berücksichtigen, 2. solchen Lieferanten den Vorzug gibt, die für die in der Hausarbeit hergestellten Arbeiten mindestens die von den Berufsorganisationen und Genossenschaften der Hausarbeiter und Arbeiterinnen gezahlten Löhne nachweislich zahlen oder mit diesen Organisationen Tarifverträge vereinbart haben, oder deren für Hausarbeit gezahlten Löhne von dem zuständigen Sachauschuß als angemessen bezeichnet worden sind.

Als bei der Beratung des Hausarbeitsgesetzes die Sozialdemokraten einen wirksamen Schutz der Heimarbeiter vor kapitalistischer Ausbeutung forderten, stimmten dieselben Parteien, die sich jetzt so rührend für die Lage der Hausarbeiter interessieren, die gestellten Anträge nieder. Ob sie wohl glauben, mit ihrer Resolution, die dem Privatkapital nichts kostet, Gimpel fangen zu können?

Wir pfeifen den Behörden eins. Das ist der Sinn einer Veröffentlichung des Syndikus des Rheinisch-Westfälischen Unternehmerverbandes zu den Entscheidungen der Aufsichtsböden über die terroristischen Beschlüsse so vieler Malerinnungen. Auch daß der Minister v. Sydow im Preussischen Abgeordnetenhaus sich gegen den Zornungskerror wandte, kümmert den Herrn nicht. Er verkündete vergnügt und unentwegt:

Wenn die Aufsichtsböden in einzelnen Städten auch alles daran setzen, die Beschlüsse der Zwangsinnungen aufzuheben, wonach die Mitglieder bei 20 M Geldstrafe gehalten sind, die organisieren Gehilfen sofort zu entlassen, so haben sich unsere Obermeister der Zwangsinnung hierdurch nicht verblassen lassen, sondern die Beschlüsse sind noch allenthalben in Kraft.

Das heißt doch rund und nett: Ihr könnt uns sonst was! Hebt auf, was euch beliebt, wir kümmern uns den Quark darum! Und so terrorisieren die Herrschaften lustig weiter. In Dessau wurden z. B. zwei Malermeister, die den Sondertarif der Gehilfen anerkannten, auf Schadenersatz in Höhe von 250 M verklagt. Das Amtsgericht wies die Klage freilich ab, weil jede rechtliche Unterlage fehle, und bezeichnete die Forderung im Termin als einen Verstoß gegen die guten Sitten. In Chemnitz werden den Unternehmern außer einer Zornungsstrafe von 20 M noch besondere Strafen angedroht, so in einem Falle in Höhe von 360 M, dem zwanzigfachen Jahresbeitrag zum Unternehmerverband. In Pöhl hat man gegen Meister, die die Sondertarife anerkannten, bis zu 500 M Strafe festgesetzt. Geholfen hat das allerdings nichts, denn schon arbeiten dort 880 Gehilfen zu neuen höheren Bedingungen.

Das alles aber entpöht die Herren Terroristen nicht. Sie wissen, sie können sich das leisten in dem „Rechtsstaate“, in dem wir leben. Und darum pfeifen sie den Behörden auch weiter eins.

Die Hochschulpolitik an der Arbeit. Unter dem Titel Handelspolitischen Verständigungskomitee haben die „maßgebenden“ Kreise des Handels, der Industrie und des Gewerbes eine Körperschaft gebildet, die jetzt schon die nötigen Unterlagen beschaffen soll zu der im Jahre 1917 vorzunehmenden Neugestaltung der Zolltarife. Es soll durch zwei Fragebogen, die an die Interessenten versandt werden, festgestellt werden, welche ausländischen Produkte durch die Einfuhr die inländischen schädigen und deshalb eine Erhöhung des bisherigen Einfuhrzolles oder doch seine Nichterhebung begründet werden, welche ausländischen und in Deutschland eingeführten Produkte (Rohmaterialien, Hilfsstoffe, Maschinen) eine Ermäßigung oder Nichterhebung der bisherigen Zölle erfordern. Durch ein einheitliches und geschlossenes Vorgehen soll ein Wirtswort von Petitionen an den Reichstag vermieden werden.

Milchverlauf in städtischer Regie. Im Gemeinderat zu Bernburg stand die Frage zur Debatte, ob es angebracht erscheine, den Milchhandel in städtische Regie zu übernehmen. Die Stadt hatte seinerzeit an die Regierung die Bitte gerichtet, bei der Neuverpachtung von Domänen den Pächter zur Haltung einer bestimmten Zahl von Milchvieh zu verpflichten. Die Regierung hat bei der bald darauf erfolgten Verpachtung der Domäne übersteid diesem Wunsch keine Folge gegeben, weil die Stadt sich nicht verpflichten wollte, dem Pächter die ganze Milch zu einem Preise, der die Produktionskosten deckt, abzunehmen. Nun wurde von sozialdemokratischer Seite angeregt, mit der Uebernahme des Milchverlaufs in städtische Regie einen Versuch zu machen. Allgemein war man aber der Ansicht, daß dieser Weg nicht gangbar sei, weil die Erfahrungen, die andere

Städte damit gemacht hätten, nicht zur Nachahmung reizten, weil der notwendige Apparat viel zu umfangreich sein würde, und weil außerdem der Zwischenhandel sehr gut funktioniert habe. Mit Zustimmung wurde dagegen die Anregung aufgenommen, zukünftig ein Gut zu kaufen, zu parzellieren und mit Kleinbauern zu besetzen, denen man dann auch wegen der Milchviehhaltung Vorschriften machen könne.

Vom Kampf gegen die Arbeiterjugend. Der Polizeikampf gegen die Arbeiterjugend hat eine neue Welle gezeigt. In Hannover wurde auf Grund der §§ 1 und 17 des Vereinsgesetzes eine allgemeine Jugendversammlung verboten, in welcher Genosse Sonnemann aus Bremen über „Schule und Leben“ sprechen sollte.

Die Polizei hat hier — wie schon in Berlin und erst dieser Tage wieder in Neudölln — ohne weiteres eine allgemeine Versammlung zu einer politischen Kampftempel, ohne daß sie vorher wissen konnte, was der Referent sagen würde. Das ist das einfachste, was die Polizei sich leisten kann. Um so mehr aber kennzeichnet sie den Reichsstaat Preußen. Trotz aller Polizeischikane wurde dem hannoverschen Jugend das zu sagen, was er ihr zu sagen hatte. Im übrigen ist gegen das Polizeiverbot Beschwerde eingelegt worden.

Sie holen sich Instruktionen. Wie aus Rom gemeldet wird, ist dort eine Abordnung des Verbandes der katholischen Arbeitervereine Deutschlands, Sig Berlin, unter Führung ihres Generalsekretärs Fournelle angekommen und vom Kardinal Merry del Val empfangen worden. Die Abordnung besteht aus 20 Arbeitern, 20 Arbeiterinnen und 20 Priestern; auf jeden Hirten kommen also zwei Schäferlein. Der Zweck der Reise ist nicht angegeben. Doch weiß man auch so, warum katholische Facharbeiter zur Instruktionstunde nach Rom fahren.

Gelbe Mittelbänke für den Unternehmer. In Königsberg i. Pr. hat die Norddeutsche Zellulosefabrik einen gelben Werkverein ins Leben gerufen und einen Teil der Häuser der Baugenossenschaft für die Gelben mit Beschlag belegt. Dieser Tage unternahm der Fabrikarbeiterverband eine Agitation unter den Arbeitern dieses Betriebes, worauf der gelbe Verein folgende gedruckte Zettel den Familien zukommen ließ:

Warnung! In den letzten Tagen sind den Einwohnern von Kaporenstraße Nr. 31 (wahrscheinlich auch noch anderen Vereinsmitgliedern) Zeitungen und Flugblätter des Fabrikarbeiterverbandes zugegangen. Auch haben sich die Vertrauensmänner zum persönlichen Besuch zwecks Aufnahme in diesen Verband angemeldet.

Die Mitglieder des unterzeichneten Vereins, die ja den ganzen Häuserblock bewohnen, ebenso deren Frauen, wurden hierdurch ebenso höflich wie dringend aufgefordert, die Werbenden an der Haustüre kurz abzuweisen, mit Hinweis auf den § 4 Absatz 2 h unserer Vereinsstatuten.

Wir haben uns mit der Direktion (des Betriebes) dieserhalb in Verbindung gesetzt und sind ermächtigt, zu erklären, daß Mitglieder unseres Vereins, die auch gleichzeitig Mitglieder einer sozialdemokratischen Arbeiterorganisation sind, die auch in Betrieben außerhalb der Firma beschäftigte Arbeiter umfaßt, aus der Fabrik entlassen werden und dadurch auch ihre Wohnungen verlieren.

Vorstand des Arbeitervereins der Norddeutschen Zellulosefabrik. Ob man in „staatszerhaltenden“ Kreisen auch diesen schamlosen Terrorismus leugnen wird? Unerhört ist es, daß hier noch eine Baugenossenschaft im Spiele steht, die mit kommunalen Mitteln unterstützt wird.

Weibliche Arbeitswillige. Nicht wie früher hört heutzutage mit der Heirat der Frau ihre gewerbliche Tätigkeit auf. Immer häufiger tritt der Fall ein, daß auch verheiratete Proletarierinnen im Dienste des Kapitals fronden. Die Teuerung der Lebensmittel und die immer mehr ansteigenden Wohnungsmieten machen es in Arbeiterfamilien erforderlich, daß die Frau mit erwirbt. Und weil die erwerbstätige Frau und Mutter keine Ausnahme mehr ist, sondern eine weitverbreitete Tatsache, darum verdient die Frauenarbeit weit mehr Aufmerksamkeit, als ihr oft geschenkt wird.

Vielfältig sind die Ursachen der Einführung und der Steigerung weiblicher Arbeitskräfte. Technische Umgestaltung und Verbilligung der Produktion spielen eine Hauptrolle. Auch Mangel an geeigneten männlichen Arbeitern und die Sparsucht der Unternehmer sind, wie die Gewerbeinspektoren angeben, Gründe zur stärkeren Heranziehung der billigen Arbeiterinnen. Fast überall haben sich die weiblichen Arbeitskräfte bewährt und sind dann der niederen Löhne wegen beibehalten worden. Als weitere Gründe für die Einstellung von Arbeiterinnen werden angeführt, daß sie „im allgemeinen zufriedener“, „leichter lenkbar“ und „nicht so fest organisiert“ seien, wie die Männer, daß sie nicht so leicht zum Wechseln der Arbeitsstätte und zu Ausständen neigen und daß sie meist auch keine festen Lohnsätze haben. Das heißt mit anderen Worten, daß die Frauen noch gefügigere und darum den Unternehmern noch willkommenerer Objekte der Ausbeutung sind. Ja, bedauerlicherweise wird sogar verschiedentlich als Grund der Einführung weiblicher Arbeitskräfte angegeben, daß bei Arbeitseinstellungen der Männer Frauen an deren Stelle zu niederen Löhnen die Arbeit aufnehmen und so als Streikbrecherinnen fungierten. Dies alles zeigt, daß in großem Maße die weibliche Arbeitskraft zu Lohnbrüderereien benutzt wird, daß die Arbeiterinnen vielfach als Konkurrenzfrauen auftreten und den Arbeiter durch Billigkeit verdrängen.

Ganz gewiß kann man diese unangenehmen Erscheinungen bei der Frauenarbeit nicht gutheißen, ebensowenig aber kann ein modern denkender Arbeiter auf den Gedanken kommen, darum die gesamte Frauenarbeit überhaupt zu verwerfen. Auch darf die Ansicht nicht Maß greifen, daß der Mißbrauch, der mit der Frauenarbeit ge-

H

In der Einschreibung vom 24. April d. J. kaufte ich wiederum zwei geschlossene Partien mit 826 Ballen Loros, so dass ich in dieser Ernte bisher drei geschlossene Partien mit 1271 Ballen Loros gekauft habe.

F

Zusammenstellung meiner bisherigen neuen Einkäufe

Sumatra-Decken:

No.	Beschreibung	Preis	No.	Beschreibung	Preis
No. 1882.	Pflückblatt, 2. Länge Lochblatt, sehr blattig, sehr hell, deckfähig	9.20	No. 1891.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, ganz hell und fahl, riesig deckfähig, etwas bunt durchlaufend	6.50
No. 1883.	Sandblatt, Padang Brahrang, Vollblatt 3. Länge, matt reinfarbig, schön	3.60	No. 1863.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, graufahl, edel, sehr deckfähig	7.-
No. 1885.	Pflückblatt, 1. Länge Lochblatt, riesig blattig, matt hell, reinfarbig	4.75	No. 1868.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, prachtvoll matt und reinfarbig	8.-
No. 1886.	Sandblatt, Vollblatt 3. Länge, hellmatt, schöne Farben, Padang Brahrang	4.80	No. 1867.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, hochfeine matte Farben	9.50
No. 1887.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, hellmatt, schöne Farben, sehr deckfähig	5.-	No. 1866.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, hellmatt, feinste Art	10.-
No. 1888.	Pflückblatt, Vollblatt 2. Länge, ganz hell und reinfarbig, riesig deckfähig	5.50	No. 1862.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, hellfahl, prachtvolle Farben	12.-
No. 1889.	Sandblatt, Vollblatt 1. Länge, matt, reinfarbig, sehr deckfähig	5.75	No. 1861.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, weissfahl, wunderschöne Farben	16.-
No. 1864.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, lebhaft hell, vielfach hellfahl	5.80	No. 1865.	Sandblatt, Vollblatt 1. Länge, hellfahl, prachtvolle Farben	18.-
No. 1890.	Sandblatt, Vollblatt 3. Länge, zart, mattfahl, sehr deckfähig	6.10	No. 1860.	Sandblatt, Vollblatt 1. Länge, weissgraufahl, das denkbar schönste	24.-

Borneo-Deck:

No. 1869.	Vollblatt 2. Länge, hellmatte, reine Farben, wenig eleganter Spickel, deckfähig, verzollt	7.50
-----------	---	------

Voritenlanden-Decken:

No. 1877.	Pflückblatt, Vollblatt 2. Länge, heller Linksroller, sehr deckfähig	2.60	No. 1876.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, zart, schwarz und mausgrau, duff	4.50
No. 1875.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, zart, mausgraue Farben	3.50	No. 1872.	Sandblatt, Vollblatt 1. Länge, hellmatt, fahl, reine edle Farben	5.-
No. 1874.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, matt, vielfach dunkel	3.80	No. 1871.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, zart, hellmatt, riesig deckfähig	5.20
No. 1873.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, hell und matt, sehr deckfähig	3.80	No. 1870.	Sandblatt, Vollblatt 1. Länge, hellmatt, zart, ausserordentlich deckfähig	5.80

Aus meinen drei Partien Loros

Java-Bezoeki-Aufarbeiter:

Prachtvolle Qualitätstabake

No. 1878.	Loros. Blattige 4. Länge, reif, braun, leicht	1.25	No. 1880.	Loros. Blattige 2. Länge, reif, braun, leicht	1.40
No. 1879.	Loros. Blattige 3. Länge, reif, braun, leicht	1.30	No. 1881.	Loros. Blattige 1. Länge, reif, braun, leicht	1.50

Gebrauchte Wickelformen
Riesenauswahl!
Billige Preise!

Heinrich Franck

Berlin N. 54
Brunner-Strasse 22

Gegründet 1879

Postscheckkonto: Berlin-1738

Telephon: Amt Norden 4352

Geldnot
In der Welt der jetzigen Zeit. Stellen Sie Ihnen, so haben Sie am rechten Platz. In dem Weltmarktgeschäft erfüllen Sie den

Millionären

Reisenden, Kaufmannen, Doktoren mit wenig getragene reinwollene, vielfach auf Seide gewebte Socken. Sie kaufen wohl und billig nur bei

M. Diamond, München
Buttermelcherstrasse 5

Bestellen Sie noch heute ohne Verbindlichkeit meinen Katalog, welcher Ihnen gratis und franco zu Diensten steht. Die bedeutendsten Sorten, welche in Bayern hier, werden Sie dann selbst erkennen.

Calze-Hänge, 1- und 2-reihig	von M. 10-40
Schwarze-Hänge	7-35
Gros-Hänge, schwarz, und Robefarben	10-40
Gros- und Seidling-Hänge	10-45
Einzelne Hosen und Calze	3-10
Wäsche engl. Huter, 1- und 2-reihig	6-30
Wäsche engl. Huter, 1- und 2-reihig	4-18
Wäsche Huter in allen Farben	14-30
Wäsche Huter	60-200

Große Abteilung für hochfeine neue Garderobe zu staunend billigen Preisen.

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustadtwall 35 Fernsprecher 3946

empfiehlt in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker, Sollblatt, 185, 200, 220, 240, 250, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500	Mexiko-Decker (Andres) 300, 350, 400
Sumatra-Umblatt, Sollblatt, 155, 180	Havana 200, 250, 300, 400
Java-Decker bundel 220, hell 260, 280, 300, 320	Decker 700
Java-Umblatt 140, 155, 160, 165	Yara-Cuba 200, 220, feine Qualität
Java-Einlage 95, mit Umbl. 110, 120, 130	Seedleaf-Umbl. 120, 130, 140, 150
Vorstadland-Decker 260, 275, 300, 320	Carmen-Umbl. 100, 110, 125, 130
Brasil-Decker 175, 200, 210	Domingo-Umbl. 110, 120, 130
Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. trocken 125, 130, 140, 150, 160	Domingo-Einlage und Umblatt 100
	Rio-Grande-Decker 120, 130
	Einlage 110
	Longui, nur überfeuchte Original-Tabake, meist Umblatt, 100
	Beste Sorte leicht und sehr blattig 110

Wickelformen (neu und gebraucht in allen Fassungen von 50-150) Schiffschen-Abdrücke verleihe gratis und franco.

Kleine, schmiedeeiserne Formpressen mit Flachgewinde, besonders gut geeignet für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 M. Sammler-Druck, allerfeinste Ware, groß. Reichhalt. per Spd. 250 M. Zigarren-Form pro 50 Meter-Rolle, gelb 80, 105, 120, 125, 150, rot 130 M. Sammler-Druck, groß und leicht, pro 100 Meter-Rolle 150 M.

Erklärung.

unterzeichneter, nimmt die Beleidigung in seinem Anonymus, welchen er an die Betriebskrankenkasse J. Schirmer geschickt hat, gegen den Kollegen Johann Hartung mit dem größten Bedauern zurück.

Karl Schlotterbeck, Heidingsfeld.

Dankagung.

Für die mir beim Hinscheiden meines lieben, guten Vaters

Max Kiesel

bewiesene große und herzliche Anteilnahme spreche ich hiermit meinen herzlichsten Dank aus. Insbesondere danke ich auch dem Hauptverband des Deutschen Tabakarbeiter-Bundes sowie den Zahlreichen Berlin-Cottbus, Dahme, Finsterwalde-Guben, Jüterbog, Potsdam, Schwiebus, Spremberg, Trebbin usw. für die Kränze, Spenden und Kondolationen.

Anna Kiesel-Geld
Berlin-Neuhofen-Str.

Briefkasten.

Bredt 50
Burg 160
Zülligau 60

Rohtabak-Handlung
Hengjoss & Maak
Altona-Ottensen
Filiale Berlin N., Brunnenstraße 25. [25]

Karl Erich
wo steht Du? Um Deine Adresse bittet

Germ. Löwe
Zülligau, Langestr. Nr. 5.

Wili Schröder
wo steht Du? Um Deine Adresse bittet

Pauline Johannsen
Böttcherstr. Bredt 50.